



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 7. November 1909

(Die Wahlen in Sachsen. Der Einfluß des neuen Wahlrechts. Folgerungen für die Wahlreform in Preußen. Herr v. Oldenburg in Graudenz. Bayern. Leopold Sonnemann.)

Nun ist auch über die Zusammensetzung des sächsischen Landtags die endgültige Entscheidung gefallen. Die 91 Mandate des neuen Landtags verteilen sich danach auf 30 Konservative, 28 Nationalliberale, 8 Freisinnige und 25 Sozialdemokraten. Über die charakteristischen Erscheinungen dieser Neugestaltung ist an dieser Stelle schon gesprochen worden, da sie schon vor den Stichwahlen deutlich genug hervortraten. Nachträglich ist nun noch von Interesse, wie die Erfahrungen dieser Wahlen von den Parteien besprochen und ausgenutzt werden. Die Bemühungen der konservativen Partei gehen vor allem dahin, die offenkundige Niederlage, die sie erlitten hat, nicht aus den Nachwirkungen der Reichspolitik, sondern aus dem neuen Wahlgesetz, das jetzt zum erstenmal zur Anwendung gekommen ist, zu erklären. Sie sagen, man sehe aus dem Überhandnehmen der Sozialdemokratie in der sächsischen Volksvertretung, daß das neue Wahlgesetz ein Mißgriff gewesen sei. Die weitere Nutzenanwendung dieser Behauptung ergibt sich leicht. Preußen solle sich hüten, diesem bösen Beispiel zu folgen; von einer Reform des preußischen Wahlrechts könne nach solchen Erfahrungen keine Rede sein.

Man wird dieser Deutung der Lage die Anerkennung nicht versagen können, daß sie in der Benutzung der Umstände nicht ungeschickt ist. Wo die konservative Parteileitung ihren Einfluß noch nicht verloren hat, da wird es gewiß Eindruck machen, wenn ihre Anhänger zu der Überzeugung gebracht werden, daß eine sichere konservative Mehrheit unter dem Einfluß eines neuen Wahlrechts zertrümmert worden ist. Es kommt nur darauf an, daß der erste Ausgangspunkt dieser Beweisführung genügend festgelegt wird. Ist die Niederlage der Konservativen in Sachsen eine Folge des Wahlrechts? Wir müssen auf Grund der Tatsachen, die uns über die allgemein herrschende Stimmung und die Gründe der Wähler bekannt sind, diese Frage verneinen. Der Einfluß dieser Tatsachen braucht keineswegs überschätzt zu werden. Möglich, daß bei Fortbestehen des alten Wahlsystems die Einbuße der Konservativen in dem letzten Ergebnis vielleicht nicht so stark zutage getreten wäre. Aber der Rückgang der konservativen Stimmen wäre auch dann deutlich erkennbar geworden. Er war in Wirklichkeit die Folge und der Ausdruck einer Stimmung oder — deutlicher gesagt — einer starken Verstimmung, die nach Betätigung drängte. Man mag über die Fehler und Vorgänge des neuen sächsischen Wahlrechts denken, wie man will, aber das eine wird wohl niemand behaupten wollen, daß unter normalen Verhältnissen ein Pluralwahlrecht in einem deutschen Lande geeignet sei, sozialistische Strömungen zu verstärken oder die Interessen des Proletariats besonders in den Vordergrund zu rücken. Davon kann doch gar keine Rede sein. Wenn nun gleichwohl die erste Wirkung der Einführung eines Pluralwahlrechts eine erhebliche Stärkung der Sozialdemokratie ist, so kann das nur daran liegen, daß das Bedürfnis, gegen die bisher herrschenden Parteien und Richtungen stark, deutlich und eindrucksvoll zu protestieren, auch Kreise erfaßt hat, die mit der wirklichen Sozialdemokratie und ihrem Programm eigentlich nichts gemein haben. Als Gegenstand eines solchen Protestes konnte in Sachsen nur die konservative Partei in Betracht kommen. Man wird deshalb mit ziemlicher Sicherheit den Schluß ziehen dürfen, daß das Ergebnis der Wahlen den Ausdruck einer tief-

gehenden Unzufriedenheit mit dem konservativen Regiment darstellte. Wenn das neue Wahlrecht eine wesentliche Stärkung der Liberalen gebracht hätte, dann könnte man zweifelhaft sein, ob das nicht seinen Grund in der Eigentümlichkeit des Wahlrechts habe, wodurch eben eine andre Verteilung des politischen Einflusses herbeigeführt worden sei. So aber, wie die Dinge jetzt liegen, ist ein Zweifel ausgeschlossen.

Damit kommen wir freilich zu ganz andern Folgerungen in der Wahlrechtsfrage, als sie jetzt in konservativen Blättern zu lesen sind. Wir stimmen allerdings bei unbefangener, sachlicher Prüfung der Frage mit den Konservativen darin überein, daß wir radikalen Wahlrechtsänderungen an sich keinen sachlichen Wert beizumessen vermögen. Wir stehen, was die sachliche Seite betrifft, den Vorschlägen zur formellen Verbesserung des Wahlrechts durchweg ziemlich skeptisch gegenüber. Wir meinen vielmehr — und die Wahlen in Sachsen bestätigen unsre Ansicht —, daß eine die öffentliche Meinung wirklich beherrschende Stimmung aus der Schwäche oder auch aus der Gleichgiltigkeit der andern Kreise immer so viel Vorteil zu ziehen weiß, daß sie sich bei jedem Wahlsystem durchsetzen oder mindestens bemerkbar machen kann. In frühern Zeiten, als die Presse noch nicht so entwickelt, die politische Leitung sozial und wirtschaftlich abhängiger Kreise leichter war, die wirtschaftlichen Verhältnisse auch ganz anders lagen, mochte wohl auf die Form des Wahlrechts mehr ankommen. Aber schon vor Jahrzehnten galt das, was wir soeben festgestellt haben. Man darf doch nicht ganz vergessen, daß Preußen schon vor bald fünfzig Jahren in seinem Abgeordnetenhaus eine fast überwältigende liberale und noch dazu oppositionelle Mehrheit gehabt hat, und das mit Hilfe desselben Wahlrechts, das jetzt beständig als ein direktes Hindernis für die Geltendmachung des Volkswillens bezeichnet wird. Dadurch, daß die Klasseneinteilung jetzt bezirksweise geschieht, ist seit jener Zeit der früher stärker hervortretende plutokratische Charakter des preußischen Wahlrechts noch dazu so bedeutend gemildert worden, daß es jetzt sogar ein Hauptargument der Liberalen geworden ist, auf die Überflüssigkeit und Sinnlosigkeit einer Klasseneinteilung hinzuweisen, bei der es vorkommen kann, daß der preußische Ministerpräsident in der dritten Klasse wählt und sein Schneider in der ersten. Entscheidend ist in Wahlangelegenheiten meist die Geschicklichkeit und Rührigkeit, mit der die politischen Zwecke der Parteien den geltenden wahlgesetzlichen Formen angepaßt werden. Was nützt es denn, wenn beispielsweise ein Großindustrieller über vier oder vielleicht sogar fünf Stimmen infolge eines eingeführten Pluralstimmensystems verfügt und nicht zur Wahlurne geht? Oder wenn ein Mann, der drei Stimmen hat, nicht sachlichen Erwägungen und positiven Überzeugungen folgt, sondern durch die gesamten politischen Zustände in eine Gemütsverfassung der Verbitterung und Verärgerung versetzt, seine Stimmen denen zuwendet, deren politischen Einfluß man durch Beschränkung auf eine Stimme möglichst zu verringern gesucht hat? Richtig ist ja, daß die radikalen Wahlsysteme den Kreisen, denen auf Grund ihres natürlichen sozialen Übergewichts in einer gesunden Nation auch die politische Führung zuzufallen pflegt — man hat sie mit den Schlagworten Bildung und Besitz gekennzeichnet —, ein größeres Maß von Arbeit und Verantwortung zuweisen, wenn sie sich behaupten wollen. Aber dem steht die Frage gegenüber, ob ernstlich damit etwas gewonnen ist, wenn die politische Trägheit und die Gleichgiltigkeit der zur Führung berufenen Kreise durch Wahlrichtungen, die ihnen vielleicht von vornherein günstiger und bequemer sind, noch bestärkt werden. Schon jetzt bieten auch die sogenannten „reaktionären“ Wahlsysteme keine Gewähr mehr gegen überhandnehmende radikale Einflüsse. Dagegen bleibt das große Beispiel der Reichstagswahlen von 1907 bestehen, wie das bloße Aufraffen sonst gleichgiltiger oder verdrossener Elemente zu politischer Willensbetätigung den bis dahin stets gutgenährten und starken Radikalismus

im gegebenen Augenblick auf die Knie zwingen kann. Alle diese Erfahrungen rauben den akademischen Betrachtungen über die beste Form des Wahlrechts viel von ihrem Wert. Die Form tritt in den Hintergrund, die Arbeit an dem politischen Pflichtgefühl der Gebildeten und Besitzenden in den Vordergrund. Damit schwindet für den sorgsam und vorurteilslos Überlegenden die unnötige Ungleichheit um die Folgen einer Wahlrechtsreform, freilich ohne der Begeisterung Platz zu machen, die der Liberalismus aller Schattierungen für diese Reform zur Schau trägt. Man wird viel unbefangener auch die taktische Seite der Frage und manche praktischen Gesichtspunkte, die in den parteipolitischen Theorien ganz in den Hintergrund geschoben zu werden pflegen, ins Auge fassen können. Doch davon wird wahrscheinlich später noch oft genug zu reden sein. Hier sei nur noch einzelner Vorgänge und Erörterungen gedacht, die in den Zusammenhang des soeben Gesagten und zugleich in einen politischen Rückblick auf die letzte Woche gehören.

Herr v. Oldenburg-Januschau, der bekannte konservative Parlamentarier und Führer der westpreussischen Agrarkonservativen, hat in der vergangenen Woche in einer Rede in Graudenz wieder das Thema behandelt, womit sich die konservative Partei trotz aller zur Schau getragenen stolzen Zuversicht und Selbstgerechtigkeit immer noch vor ihren Wählern beschäftigen muß, nämlich die Rechtfertigung der Haltung der Partei in den Kämpfen um die Reichsfinanzreform. Auf die Einzelheiten dieser in vielen Beziehungen sehr interessanten Rede einzugehen, würde hier zu weit führen. Nur eins sei hervorgehoben. Herr v. Oldenburg erörterte das Verhältnis der Konservativen zum jetzigen Reichskanzler in einer Weise, die nicht unbeachtet bleiben kann, weil der Redner, auch wenn seine Stellung innerhalb der Partei durch seine kleinen Neigungen zur Rolle des enfant terrible vielleicht etwas mehr beeinträchtigt wird, als es seinen Fähigkeiten entspricht, doch viel hinter sich hat und als durch und durch ehrlicher Charakter bekannt ist. Herr v. Oldenburg betonte nämlich, der jetzige Reichskanzler habe ja eigentlich die ganze Bülow'sche Politik mitgemacht und sei darum für alles mitverantwortlich zu machen, was die konservative Partei dem Fürsten Bülow vorzuwerfen habe. Wenn der Redner damit dem Reichskanzler auch wahrscheinlich keine Absage seiner Partei erteilen wollte, so kam dieser Teil der Rede doch einem Mißtrauensvotum bedenklich nahe. Denn ebenso gut hätte hervorgehoben werden können, daß Herr v. Bethmann Hollweg schließlich die Reichsfinanzreform vertreten und angenommen hat, die von der konservativ-merikalen Mehrheit geboten wurde. Es hätte also keine Veranlassung zu solcher Äußerung des Mißtrauens vorgelegen, wie denn auch Herr v. Heydebrand auf dem ungefähr zu gleicher Zeit abgehaltenen konservativen Parteitage für die Provinz Sachsen in Halle sehr viel diplomatischer über dasselbe Thema sprach und seine Haltung auf den Ton vorsichtigen aber wohlwollenden Abwartens abstimmte. Aber in der Rede des Herrn v. Oldenburg findet sich auch die Erklärung, weshalb er sich dem Reichskanzler gegenüber auf die rauhe Seite legte. Er sagte nämlich in bezug auf Herrn v. Bethmann Hollweg: „Zu entschlossenen und rücksichtslosen Gegnern wird er uns haben, wenn es gilt, die Verfassung in Preußen zu verteidigen, die allein hoch steht als Hort unsrer Königskrone. Wir werden abwarten, ob es jemand wagt, mit der Krone Preußens ein frivoles Spiel zu treiben, und wir wollen hoffen, daß alles, wofür unsre Vorfahren gelebt haben und gestorben sind, die Ideale, die sie in uns gelegt haben, bestehn bleiben.“ Diese Worte schlagen in dieselbe Kerbe wie die Zuschrift eines preussischen Herrenhausmitglieds an die Kreuzzeitung. Es wurde darin die Ansicht ausgesprochen, daß nach den Erfahrungen in Sachsen an eine Wahlrechtsreform in Preußen nicht zu denken sei. Herr v. Oldenburg ging einen Schritt weiter, und richtete eine unzweideutige Drohung an den preussischen Ministerpräsidenten, falls er Miene machen sollte, das

Verprechen der preussischen Krone einzulösen. Herr v. Oldenburg ist zwar ein hervorragender Konservativer, aber nicht die konservative Partei. Wir glauben nicht — und darauf deutet auch die maßvollere Haltung des Herrn v. Heydebrand in Halle hin, obwohl er ein ebenso scharfer Gegner der Wahlrechtsreform ist —, daß die Partei als solche dem Beispiel des westpreussischen Agrariers folgen wird. Denn einer Reform, die sie für schädlich halten, zu opponieren, ist zwar das gute Recht der Konservativen, ihr selbstverständliches Recht, aber den verantwortlichen Staatsmann mit der allgemein gefaßten Androhung rücksichtsloser Gegnerschaft dazu nötigen zu wollen, daß er womöglich gar nicht darangeht, den ausgesprochenen Willen des Königs zu verwirklichen — das würde doch eine allzu eigenartige Probe konservativer Auffassungen abgeben. Freilich sind wir im letzten Jahre von dieser Seite an manches gewöhnt worden, was früher für unmöglich galt. Darum wird es gut sein, die Worte des Herrn v. Oldenburg in den Akten zu notieren.

In Bayern hat jetzt die Kammer der Abgeordneten das Gesetz angenommen, wodurch auch dort der Grund zu einer Finanzreform gelegt wird. Das neue Gesetz, mit dem in Bayern eine progressive Einkommensteuer eingeführt wird, hat in der Kammer der Reichsräte schwerlich einen nennenswerten Widerstand zu erwarten. Es kann vielleicht später einmal von großer Bedeutung werden, wenn auch in den einzelnen deutschen Bundesstaaten überall das Finanzwesen nach einheitlichen Grundsätzen geordnet wird. Ein besonderes Interesse für die gesamtdeutschen Verhältnisse beanspruchen in Bayern auch die fortgesetzten Bestrebungen zur Einigung der liberalen Parteien. Wie weit das auf die andern deutschen Staaten zurückwirken wird, ist noch immer nicht recht zu übersehen. Es werden immer wieder neue Anläufe gemacht, eine innigere Gemeinschaft zwischen den linksliberalen Parteien herzustellen, der Erfolg muß abgewartet werden.

Die bürgerliche Demokratie, wie sie vornehmlich auf süddeutschem Boden und dem nach Süddeutschland gravitierenden Teil Mitteldeutschlands gedeiht, hat soeben eine markante Persönlichkeit verloren, Leopold Sonnemann, den Begründer der Frankfurter Zeitung. Seine politischen Anfänge bewegten sich in direktem Gegensatz zu allen den Richtungen und Persönlichkeiten, die die geschichtliche Mission der Neugründung des Deutschen Reichs durchgeführt haben. Später hat er sich wohl in vielen Beziehungen in das Unvermeidliche gefunden, aber er ist in seinen Überzeugungen immer ein entschiedener Gegner aller der Bestrebungen geblieben, in denen wir die Förderung der gesunden Entwicklung des deutschen Volkes zu finden glauben. Aber wenn auch an dem frischen Grabe nicht verschwiegen zu werden braucht, daß er unser ausgesprochener politischer Gegner war, so ist es auch Pflicht, zu sagen, daß ihm ein ehrenvoller Platz in der Geschichte der deutschen Presse gebührt. Er hat, ohne in der politischen Stellung, der Zahl und dem Einfluß seiner Partei eine nennenswerte Stütze zu finden, inmitten dieser überwiegend von kleinlichen, philiströsen Gesichtspunkten beherrschten Partei, ein — wie auch der Gegner anerkennen muß — großzügiges und charaktervolles Weltblatt geschaffen und erhalten und so durch Klugheit, Energie, Zähigkeit und Geschick ein Lebenswerk vollbracht, von dem Freund und Gegner lernen können. Er ist in seiner Art ohne Zweifel ein bedeutender Mann gewesen.

Koloniale Rundschau

Berlin, 9. November 1909

Staatssekretär Dernburg, dessen Amerikareise wir im letzten Heft besprochen haben, ist natürlich, wie sich dies heutzutage für einen Minister gehört, unterwegs auch mehrfach interviewt worden. Daß bei diesen Interviews etwas besonders Gescheites herausgekommen wäre, kann man gerade nicht behaupten. Durch die

Presse geht zwei Unterredungen zwischen Dernburg und den Vertretern zweier Londoner Blätter. Bedauerlich ist nur, daß das konfuse Zeug, das diese produziert haben, von sonst ernsthaften deutschen Blättern kritiklos nachgedruckt wird. Um so mehr als die Äußerungen, die Dernburg in den Mund gelegt werden, wenn sie zutreffen würden, teilweise den schärfsten Widerspruch herausfordern müßten. Wir glauben aber nicht, daß Dernburg dem Vertreter eines ausländischen Blattes gegenüber die deutschen Ansiedler der Ausbeutung der Schwarzen beschuldigt hat. Wir können auch nicht glauben, daß er einem Engländer die diesem angenehme Gewißheit gegeben hat, eine Verpflanzung deutschen Lebens nach den afrikanischen Kolonien sei nicht möglich. Denn das wäre von einem deutschen Kolonialminister kaum denkbar angesichts der Tatsache, daß die öffentliche Meinung viel von der Verpflanzung deutschen Lebens nach den Kolonien erwartet, und zwar mit Recht. Natürlich sprach man auch über die Diamanten. Da soll Dernburg geäußert haben, Diamanten seien genug vorhanden, vielleicht seien deren eher zu viel. Das wäre eine recht optimistische und subjektive Ansicht, die aber geeignet ist, wieder eine nette Diamantenhaut zu entfesseln. Es gibt aber auch sehr kompetente Leute, die der Ansicht sind, daß man mit der Bewertung der Diamantenlager so lange sehr vorsichtig sein müsse, bis man weiß, woher die Diamanten kommen. Die diplomatischen Dingenwahrheiten über den Baumwollbau und die Mitarbeit der Schwarzen sind schon eher glaubhaft. Natürlich können die Weißen nicht selbst das Land bebauen, sondern sie bedürfen der Neger als Arbeiter. Andererseits vermag der Neger nichts Nennenswertes zu leisten ohne die Leitung durch den Weißen. Hoffentlich überträgt Herr Dernburg diese Erkenntnis auch auf unsere Kolonien, denn wenn er wirklich der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß er von der kulturellen Zukunft der nordamerikanischen Neger nicht viel hält, so muß er sich doch überzeugt haben, daß auch mit unsern schwarzen Afrikanern in dieser Beziehung nicht viel los ist. Es wird gut sein, wenn er das beherzigt, was einer der Führer der amerikanischen Neger, Hannibal Thomas, sogar ein Freund des bekannten schwarzen Dr. Booker Washington, über seine Rassegenossen gesagt hat: „Die Wahrheit ist, daß sich bei den Negern ein Minimum von Fortschritt mit einem Maximum von Rückschritt fast durch die Bank geltend macht. Dem kulturellen Erwachen einer verschwindend kleinen Minderheit steht die wachsende Rückwärtsentwicklung der großen Massen gegenüber. Tatsachen beweisen, daß selbst der Neger in Nordamerika langsam aber sicher degeneriert. Ich glaube nicht, daß irgend jemand, der Dr. Booker Washingtons Werke gelesen hat, etwas anderes daraus lesen kann als die Erkenntnis, daß auch er das tote Gewicht der Tendenzen des Negercharakters fühlt. Wir kommen eben nicht nur nicht vorwärts, sondern rückwärts. Wo der Neger noch etwas leisten könnte, das wäre die Landwirtschaft. Aber auch da sind die Aussichten trübe. Es ist ausgeschlossen, dem Neger weite Flächen zur Erschließung anzuvertrauen, wenn er selbst Besitzer sein soll oder wenigstens Pächter. Ein selbständiges Arbeiten vermag er nicht durchzuführen ohne Aufsicht und Anleitung durch eine dazu befähigte Persönlichkeit, andernfalls kommt er nicht weiter. Der Neger kann ein guter, ja ein sehr guter Arbeiter werden, aber nur unter kompetenter Leitung und Aufsicht. Ist das ihm anvertraute Land abbezahlt, dann wird seine Arbeit in ihrem Werte für die Gesamtheit höchst fragwürdig. Sedenfalls steht sie in keinem Verhältnisse zu dem Wohle der Gesamtheit, da er nahezu mit nichts leben kann und nur arbeiten würde, wenn ihn die äußerste Not dazu treibt.“

Bei dem Bankett, das Dernburg zu Ehren in London stattgefunden hat, hat dieser recht gute Ansichten geäußert. Um so merkwürdiger klang die Rede des

englischen Regierungsvertreter, der sich zu dem phantasiereichen Sage verstellte: „Wir betrachten uns mehr als Vertrauensmänner denn als Eigentümer in Afrika. Aller Zank hört auf in Fragen der Wohlfahrt der schwarzen Rasse.“ Das glauben wir nun den Herren Engländern nicht, wir nehmen eher an, daß dieser schöne Satz eine Festrednerphrase war, gesprochen zu Ehren Dernburgs, dessen humanitäre Ideen man auch in London kennt. Die Wohlfahrt des Negers liegt uns gewiß nicht minder am Herzen als den Engländern, schon in unserm eignen Interesse, aber wir betrachten uns ganz entschieden als die Eigentümer unsers Teiles von Afrika, denn wir hoffen zuversichtlich, daß dort unbeschadet der Existenz der Eingebornen in vielen Gebieten das Deutschtum dauernd Fuß fassen und eine neue Heimat finden wird.

Mit dieser Hoffnung steht nun allerdings die amtliche Politik in Ostafrika nach wie vor nicht im Einklang. Theoretisch — wenn auch nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung — steht man der Besiedlung wohlwollend gegenüber. Ja man hat dies sogar durch Entsendung des Unterstaatssekretärs nach Ostafrika dokumentiert. Wie Gouverneur v. Rechenberg dieses Wohlwollen in der Praxis in die Erscheinung treten läßt, zeigt wieder einmal der Brief eines Ansiedlers aus Moschi, der neulich in der Deutschen Tageszeitung veröffentlicht worden war. Es heißt darin u. a.: „Der Pachtvertrag über das Weideland ist inzwischen in Moschi eingetroffen. Ich habe mich jedoch geweigert, vorläufig den Vertrag zu unterschreiben, da der Gouverneur den Kaufpreis nicht nur nicht herabgesetzt, sondern sogar um 50 v. H. erhöht hat.“ Dann kommt eine lange Reihe von Beschwerden, die sehr berechtigt sind und den bitteren Schluß des Briefes verständlich erscheinen lassen: „Kurz gesagt, man erschwert hier dem Ansiedler sein Dasein dazwischen, daß es zu verwundern ist, daß sich noch Leute finden, die hier ihr Geld in Pflanzungen usw. anlegen.“

Daß es auch anders geht, zeigt das Beispiel von Südwestafrika. Diese Kolonie hat aber einen Gouverneur, der alles tut, um Hemmungen fernzuhalten, wenn ihm auch vom grünen Tische in Berlin das Leben manchmal nicht leicht gemacht wird.

Fünfundzwanzig Jahre sind in diesen Tagen vergangen, seit Karl Peters in Ostafrika zum erstenmal die deutsche Flagge gehißt und trotz aller Schwierigkeiten, die ihm damals von der heimischen Regierung in den Weg gelegt wurden, den Grund zu unsrer ostafrikanischen Kolonie gelegt hat. Eine nähere Würdigung der Entwicklung der Kolonie seit ihrer Gründung behalten wir uns bis zum Jahrestag der Erteilung des Kaiserlichen Schutzbriefs, dem 27. Februar, vor. Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß gerade jetzt nach fünfundzwanzig Jahren wieder in der äußersten Nordwestecke von drei Kolonialmächten, Deutschland, England und Belgien, um den dortigen Besitzstand gestritten wird. Wir haben leider dort hinten wertvolle Gebiete, die uns einst Karl Peters erworben hatte, im Sansibarvertrag preisgegeben. Hoffentlich wird wenigstens jetzt, wo es sich wieder um den Besitz wertvoller Gebiete, der schönsten Teile der prächtigen Landschaft Kuanda handelt, Peterscher Geist lebendig sein!

Während die wirtschaftliche Entwicklung Ostafrikas im letzten Jahre nur geringe Fortschritte gemacht hat, hat Südwestafrika — ungerechnet die Diamanten — einen überraschenden Aufschwung genommen. Die Ausfuhr ist um mehr als sieben Millionen Mark gestiegen. Die Einfuhr ist trotz der stark verringerten Regierungsgüter ebenfalls um fast eine Million gestiegen.

Auch in Südwest stehen wir im Begriff, uns mit unsern nördlichen Nachbarn, den Portugiesen, wegen der Grenzen im Nordosten der Kolonie auseinanderzusetzen.

Es scheint, daß dies in zufriedenstellender Weise vor sich gehen wird, denn wir haben uns mit den Portugiesen bis jetzt dort gut verstanden.

Über Kamerun ist nicht viel zu sagen. Ungelklärt ist die Frage der Südbahn, die begreiflicherweise den Interessenten sehr am Herzen liegt. Sie ist bekanntlich auf Kosten der Vereinigung der dort ansässigen Firmen erkundet worden. Obwohl viele Kundige der Ansicht sind, daß diese südliche Linie dringend und aussichtsvoll sei, ist von der Regierung die zentralere Linie Duala — Edea — Widimenge gebaut worden. Dernburg soll aber, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, der Vereinigung der Südfirmen die bestimmte Zusicherung gegeben haben, daß er auch die Südbahn betreiben wolle, wenn die Südfirmen ihre Agitation gegen die andre Bahn aufgeben. Dies ist geschehen, aber nichtsdestoweniger hat, wie man sich erzählt, der Staatssekretär neulich unzweideutig geäußert, daß er nicht daran denke, etwas für die Südbahn zu tun. Man kann es demnach der Vereinigung der Südfirmen nicht verdenken, wenn sie mit Hilfe des Reichstags ihre Interessen verfechten wollen.

Auf Samoa ist die alte Mißstimmung der Ansiedler gegen den Gouverneur nicht geringer geworden, und es scheint fast, als ob wieder ein Konflikt bevorstünde. Es sollen der Verwaltung neue Einnahmen geschaffen werden, und die Ansiedler befürchten offenbar, daß es ihnen geht wie ihren Landsleuten auf Neu-Guinea. Diese sind bekanntlich mit dem volkswirtschaftlichen Unikum eines Ausfuhrzolls auf Plantagenprodukte beglückt worden. Näheres ist ja noch nicht bekannt, aber jedenfalls sollen die Siedler in den Beutel greifen. Wenn die zu schaffenden Einnahmen nicht mit wirtschaftlichen Hemmungen verknüpft sind und zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben verwandt werden, so wird von den Ansiedlern gewiß nichts dagegen eingewandt werden. Weniger Sinn haben diese für das Stecknypferd des Gouverneurs, die Verhättselung der Eingebornen. Und wenn deren politische Spielereien bezahlt werden sollen, so mag sich die Verwaltung an die Einnahmen aus der Eingebornen-Kopfsteuer halten, die ja ein wenig gestiegen sind. Ob an dieser Steigerung die gute Gesinnung der Eingebornen schuld ist, wie offiziös versichert wird, möchten wir allerdings bezweifeln. Es scheint uns eher, daß die Anwesenheit der aus Neu-Guinea geliehenen Polzeitruppe und eines Kriegsschiffs die Samoaner so loyal gestimmt hat. Man kann übrigens neugierig sein, ob im nächsten Etat von Samoa die gelegentlich der Unruhen im Sommer von vielen Kennern als notwendig bezeichnete Polizei- oder Schutztruppe gefordert wird.

In Kiautschou ist neulich die neue deutsch-chinesische Hochschule feierlich eröffnet worden. Der Zweck der Anstalt ist, jungen Chinesen die Erlernung der deutschen Sprache zu ermöglichen und sie in modernen Fachwissenschaften so weit auszubilden, daß sie dem Lande nutzbringende Dienste zu leisten vermögen. So hoch wir die kulturelle Bedeutung unsrer Bemühungen auf diesen Gebieten einschätzen, so können wir uns doch gewisser politischer Bedenken nicht erwehren, denen wir bei anderer Gelegenheit schon in Nummer 34 Ausdruck gegeben haben. Im übrigen wollen wir nur wünschen, daß unsre eifrige Kulturarbeit uns zum Segen gereichen möge!

Rudolf Wagner

Ein neuer Roman von Karl Kosner. Wenn wir aus der Hochflut belletristischer Werke, die wie alljährlich auch in diesem Herbst wieder den Büchermarkt überflutet, einen einzelnen Roman herausgreifen und an dieser Stelle anzeigen, so geschieht es, weil wir uns vom Verfasser dieses Buches nach seinen bisherigen Arbeiten etwas Besondres versprochen haben und darin nicht getäuscht worden sind, und weil wir sein neues Werk hoch über die meisten Romane stellen,

die wir in der letzten Zeit zu lesen Gelegenheit hatten. Es handelt sich um „Die Silberne Glocke“*) des in Berlin lebenden Wieners Karl Kosner. Als echter Künstler behandelt der Verfasser einen im Grunde höchst einfachen Stoff und legt sich auch hinsichtlich der Zahl der Personen eine weise Beschränkung auf, um das Interesse des Lesers nicht zu zersplittern und für die psychologische Feinarbeit, in der er ein Meister ersten Ranges ist, Raum zu gewinnen. Durch das Ganze geht eine feine Symbolik, die sich an die Legende von der Silbernen Glocke — so heißt nämlich das alte Haus in Wien, wo die Handlung zum größten Teil spielt — knüpft, deren helles Geläut dem ertönt, in dessen Dasein das wahre Glück getreten ist.

Frau Katharina, die gemütvollste Gattin des von seiner Vortrefflichkeit überzeugten, sich an seinen eignen Worten berauschten Universitätsprofessors Stephan von Hölzer, hat dieses Läuten nur einmal vernommen, nicht etwa in ihrer unerfreulichen Ehe, sondern in ihrem dank ihrer Religiosität und ihrem Pflichtgefühl rein platonisch gebliebenen Freundschaftsbunde mit dem Schauspieler Kühne. Sie hat eigentlich nur Leid erfahren, nicht zum wenigsten durch ihre Schwägerin Bertha, eine geizige alte Jungfer, die, voller Respekt vor ihrem bedeutenden Bruder, dessen abseits stehende Frau verachtet. Und als sich nun das einzige Kind dieses Paares, das im Grunde recht vernünftige Sopherl, mit dem Berliner Privatdozenten Dr. Hefling verlobt, wartet auch dieses umsonst auf das verheißungsvolle Klingeln. Da kommt dann Sopherl zu der Überzeugung, daß sie und ihr Bräutigam nicht zueinander passen, und wird darin von Onkel Kühne bestärkt. Sie will die Verlobung aufheben, aber Hefling, dem Tante Bertha Andeutungen über die nervöse Empfindlichkeit ihrer Nichte gemacht hat, behandelt den Gesinnungswechsel seiner Braut als eine bedeutungslose Mädchenlaune und dringt auf die Heirat. Wie zu erwarten war, bleibt die Ehe leer und überdies kinderlos. Eines Tages wird Sopherl durch einen Brief des alten Dr. Goldschmied, eines höchst sympathisch geschilderten Menschenkenners, der Hausarzt der Hölzerischen Familie ist, an das Krankenbett ihrer Mutter gerufen. Sie empfängt einen tiefen Einblick in deren unglückliche Vergangenheit und faßt den Entschluß, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen. Nach dem Tode der Mutter und nachdem der Widerstand des Vaters besiegt worden ist, kommt es zur Scheidung, in die Hefling, der eine Professur in Königsberg erhalten hat, schließlich auch einwilligt. Die junge Frau sucht sich nun in Berlin eine Existenz zu gründen und versucht alles mögliche, bis sie sich eines in der Reichshauptstadt als Journalist lebenden Jugendgepielen, des frischen und etwas burlesken Karl Bergmann, erinnert, der ihr bei ihren Bemühungen behilflich ist. Die beiden finden sich, und nun ertönt auch die silberne Glocke.

Man wird zugeben, daß hier von komplizierten Verwicklungen und sensationellen Effekten nicht die Rede sein kann. Aber wie sind die handelnden Personen geschildert! Welcher Humor ist beispielsweise über das Verlobungsfest, über die Familie des Berliner Privatdozenten und über den philosophischen Obsthändler Florian Stümpfel ausgegossen! Und wie fein sind die Fäden angedeutet, die sich von der alten, gemüthlichen, aber ein klein wenig „rückständigen“ Kaiserstadt an der Donau zu dem starken, arbeitstüchtigen Berlin hinüberspannen!

Wem die Schilderung der subtilsten Seelenvorgänge interessanter ist als die neuerdings wieder so beliebte Häufung äußerer Geschehnisse, der wird bei diesem Buche auf seine Rechnung kommen.

J. R. H.

*) Leipzig, Grethlein & Co.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten.
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig